

Schweiz

Volles Risiko

Niemand unterstützt sie, niemand kann ihnen folgen. An der Urne wollen sie trotzdem gewinnen. Unterwegs mit Unterstützern der Vollgeldinitiative. Von Beat Metzler

Auf ein paar Ja-Stimmen können sie hoffen - vielleicht 6 von 200, eine Art Gnadengeschenk des Nationalrats. Ganz so brutal wie im Ständerat, der die Vollgeldinitianten zu null abgefertigt hat, wird die Debatte nicht enden.

Und doch waren nur zwei der Initianten erschienen am letzten Mittwoch, als der Nationalrat ihr Vorhaben zum ersten Mal beriet (übermorgen Donnerstag geht es weiter): Sprecher Raffael Wüthrich und Martin Alder, Ökonom im Kampagnenteam. Etwas verloren sitzen sie in der Wandelhalle, umrauscht von Bundeshausgeschäftigkeit, zugleich davon ausgeschlossen. Kaum ein Politiker beachtet die zwei, sie gehören nicht dazu. Zivilisten unter Politprofis.

Wüthrich und Alder haben wenig Erwartungen mitgebracht an diesem nebligen Vormittag. Trotzdem schütteln sie den Kopf und murmeln «Das stimmt einfach nicht», wenn Nationalräte von links bis rechts ihr Vorhaben als «unnütziges Experiment» abservieren.

Beschimpft als Marxisten

Die Vollgeldinitiative, über die voraussichtlich im Juni 2018 abgestimmt wird, ist die mutigste politische Wette seit dem Grundeinkommen. Vereinfacht gesagt will sie den Banken das Geldmachen verbieten. Zur knapp 50-köpfigen Kerngruppe gehört keine bekannte Persönlichkeit. Keine Partei, keine etablierte Organisation stützt das Vorhaben. Als Etablierte, Marxisten oder Umstürzler werden die Initianten verunglimpft.

Das heisst noch nichts. Aussenseiterinitiativen vermögen die Schweizer immer wieder zu überzeugen. Diese Anliegen lassen sich aber stets in wenigen Worten erklären: mehr Gefängnis für Schwerverbrecher. Weniger Boni für CEOs. Mehr Grün durch weniger Einwanderung. Bei der Vollgeldinitiative dagegen endet das Verständnis der meisten Bürger schon beim Namen. Selbst studierte Ökonomen haben Mühe, die Idee dahinter zu begreifen. «Wir streben eine nachhaltige Systemverbesserung an», sagt Alder. Gerade deshalb habe die Vorlage kaum Chancen, sagt Politgeograf Michael Hermann: «Ohne Dringlichkeit und viel Wut ändern die Schweizer an der Urne nichts Grundlegendes.»

Auf jeden Fall steht den Initianten ein harter Abstimmungskampf bevor: 1500 Freiwillige (höchstens) mit einer halben Million Franken (höchstens) treten gegen sämtliche Parteien und die vereinigte Schweizer Wirtschaft an.

Dieses Wagnis angestossen hat Hansruedi Weber, pensionierter Primarlehrer aus Ennetbaden. Während der Finanzkrise las er das Buch «Geldschöpfung in öffentlicher Hand». Es steht in der ökonomischen Tradition der Currency School, die fordert, dass Geldherstellung Staatsaufgabe sein muss. Weber fand, dass sich eine solche Vollgeldreform in der Schweiz gut umsetzen liesse, direkte Demokratie sei Dank. Also suchte er Gleichgesinnte, gründete den Verein Monetäre Modernisierung (Momo), zog Ökonomen auf seine Seite, arbeitete mit ihnen einen Initiativtext aus.

Ideologisch verschwommen

Hansruedi Weber hält sich aus der Öffentlichkeit zurück, darum fehlt seiner Initiative bis heute ein Gesicht. Auch ideologisch bleiben die «besorgten Bürger», wie sie sich manchmal nennen, verschwommen. Gründer Weber beschrieb sich einmal als «Urliberalen wie Gottfried Keller». «Bei uns gibt es Bürgerliche und Linke», sagt Sprecher Raffael Wüthrich. Deshalb sei es auch nicht schlimm, dass keine Partei das Anliegen unterstütze. «Das hätte uns nur in eine bestimmte Ecke gerückt.» Die Vollgeldinitiative stehe jenseits der üblichen politischen Gräben, sagt Martin Alder. Die Konfliktlinien würden zwischen Volk und Eliten verlaufen.

Wie verschieden ihr Hintergrund ist, führen Alder und Wüthrich gleich selber vor. Beide haben eine Bekehrung durchgemacht, allerdings von entgegengesetzten Seiten her. Alder hat mit der Hochschule St. Gallen die Kaderschmiede der



Geld nur noch von der Nationalbank: Die Vollgeldinitiative ist die vielleicht mutigste politische Wette seit jener zum Grundeinkommen. Foto: Samuel Schalch

Schweizer Wirtschaft durchlaufen. Man könnte ihn für einen Banker halten, wenn er nicht diesen Fingerring mit Yin-Yang-Zeichen tragen würde. Gereizt habe es ihn, sagt Alder, die Vollgeldinitiative auf einem Internetforum zu widerlegen. Doch je länger er nach Schwächen gegraben habe, auf desto mehr Stärken sei er gestossen. Seither kämpft er dafür. In seiner Freizeit. Ohne Lohn.

Raffael Wüthrich gehörte 2011 zu jenen Linksalternativen, die auf dem Zürcher Lindenhof als Occupy Paradeplatz gegen die Banken campierten. Der gmögliche, eloquente Berner schaffte es als Vertreter der Bewegung bis in den SRF-«Club», wo er gegen die Geldmachenden Banken wettete. Das gefiel den Vollgeldinitianten, sie rekrutierten den damals 25-Jährigen, wobei sie ihn, sagt er, anfangs nicht wirklich überzeugten.

Derzeit feilen die Initianten an ihrer Kampagne. Doch egal, wie überzeugend die Slogans ausfallen, man wird sie kaum überall hören. «Uns fehlt das Geld für eine weite Verbreitung», sagt Alder. Die Bewegung lebt vor allem von den Spenden ihrer Mitglieder.

Mit einem riesigen Sparschwein

So bleibt ihnen nichts anderes übrig als der Gang auf die Strasse, das Gespräch mit den Bürgern. Wenn einer weiss, wie das geht, ist es Simon Sennrich. Er hat bereits bei der Unterschriftensammlung mitgeholfen, allein habe er 2000 zusammengetragen, sagt er. Wobei das nicht wirklich viel sei, der Rekord liege bei 6000. Nun tourt Sennrich wieder durch Schweizer Städte, ausgerüstet mit einem riesigen Aufblas-Sparschwein, stapelweise Broschüren, warmen Socken und routinierten Gesprächseinstiegen.

Zum Beispiel die Gerechtigkeitsfrage: «Warum darf niemand Geld machen, ausser den Banken? Haben sie dieses Milliardenprivileg verdient?» Oder die Warnung: «Beim Ruin Ihrer Bank wäre Ihr Geld einfach weg! Wollen Sie das?»

In einer US-Serie könnte Sennrich den charmanten Nerd spielen, neugieriger Blick hinter Hornbrille, gewitztes Lächeln. Auch Sennrich hat Wirtschaft studiert, das Finanzsystem habe ihn von

Allein schon den Begriff Vollgeld verstehen die meisten nicht.

früh auf fasziniert, auch er opfert einen Teil seiner Freizeit dem Vollgeld.

Das Mobilisieren auf der Strasse, findet Sennrich, sei gar nicht so schwierig: «Die meisten Leute begreifen unser Anliegen grundsätzlich.» Sie würden glauben, die Forderung der Initiative gelte schon heute, dass also nur die Nationalbank Geld herstellen könne. Wenn sie merken, dass das nicht stimme, würden sie die Initiative befürworten. Eine Grundskepsis gegenüber den Banken helfe den Initianten, sagt Sennrich.

Tatsächlich. An diesem milden Wintermorgen in der Winterthurer Altstadt bleiben viele bereitwillig stehen und hören minutenlang zu, wenn Sennrich und seine Helfer sie ansprechen. Die Angestellten des Hilfswerks nebenan haben deutlich mehr Mühe. Einer der Vollgeldaktivisten, ein pensionierter Gymlehrer, wittert gar den grossen Triumph. «Ich spüre eine ähnliche Zustimmung wie bei der Abzockerinitiative», sagt er.

Im Nationalrat hingegen gibt es vor allem Tadel. Soll man ein bewährtes System stürzen, fragen die Redner, die Banken schwächen? Nein danke. Jedes Votum lässt Wüthrich und Alder verzweifelter aussehen. Zwei Jahre lang haben sie die Parlamentarier bearbeitet, in den Kommissionen vorgeschrieben. Vergeblich. «Wir drangen nicht durch.»

Das liege daran, dass die Parteien mit der Initiative nichts gewinnen könnten, sagt Alder. Und dann folgen jene zwei Argumente, die in den Erklärungen der Vollgeldleute immer wieder auftauchen. Erstens: Die komplexe Materie passe in kein parteiideologisches Muster, aus Unverständnis würden Politiker lieber alles beim Alten lassen. Zweitens: Die Lobby der Banken beeinflusse viele Entscheidungsträger, Wirtschaftsführer, Politi-

ker, Forscher, Journalisten. Daher der heftige Widerstand.

Beide Erklärungen scheinen es den Vollgeldvertretern leicht zu machen. Aber für beide finden sich Anhaltspunkte, etwa das Alter der akademischen Unterstützer. Unter emeritierten Wirtschaftsprofessoren findet die Initiative durchaus Anerkennung, aktuell Lehrende halten sich meistens fern von der Kampagne. «Nur Pensionierte müssen wegen uns keinen Karriereschaden befürchten», sagt Alder.

So sehen sie sich gern: kundige Idealisten, die gegen das von den Banken unterwanderte Establishment antreten. Diesen Donnerstag werden sie das Bundeshaus als Verlierer verlassen. Ein halbes Jahr bleibt ihnen, um die Vollniederlage in einen Sieg umzuwandeln.

Vollgeldinitiative

Wer darf Geld machen?

Die Frage lautet: Wer darf in der Schweiz Geld herstellen? Ursprünglich war es allein die Nationalbank, indem sie Noten und Münzen prägte – sogenanntes Vollgeld. Dazu kommt das Buchgeld: Es entsteht durch Einzahlung von Bargeld auf ein Bankkonto, hauptsächlich jedoch durch Kreditgewährung der über 200 zugelassenen Schweizer Banken, die dadurch Geldschöpfung betreiben. Auch die Zahlen auf unseren Sparkonten sind kein Vollgeld, sie bilden lediglich ein Versprechen, dass die Bank diesen Betrag auf Wunsch auszahlt. Das Buchgeld existiert heute vor allem digital und hat einen wesentlich höheren Anteil als das Bargeld.

Die Initiative fordert, dass künftig einzig die Nationalbank digitales Geld schaffen kann, dieses würde damit zu Vollgeld, wie es Noten und Münzen bereits sind. Banken müssten ihre Kredite mit eigenem Geld oder Darlehen finanzieren. Dadurch werde das System fairer und resistenter, sagen die Befürworter. Finanzkrisen könnten die normalen Sparer nicht mehr gefährden.

Die Gegner sehen in der Vollgeldinitiative hingegen ein Risiko. Sie gefährde ein gut funktionierendes System, gebe der Nationalbank zu viel Macht und schade den Banken. Niemand wisse, was sie bewirke. (bat)



Raffael Wüthrich
Der 32-Jährige machte einst bei Occupy Wall Street mit. Heute arbeitet er Teilzeit als Sprecher der Vollgeldinitiative.



Martin Alder
Der Ökonom mit HSG-Abschluss hielt die Initiative erst für Unsinn. Jetzt ist er im Kampagnenteam.



Simon Sennrich
Der 27-jährige Ökonom hat 2000 Unterschriften gesammelt. Jetzt tourt er mit einem riesigen Sparschwein durch die Schweiz.